

PRESSEINFORMATION



23. September 2015

Temporäre Unterbringung von Flüchtlingen

OB Peter Kuras informiert über Pläne im Ortsteil Roßlau

Die dezentrale Unterbringung sowie der Wohnungsleerstand begünstigen die Unterbringung von Flüchtlingen in Dessau-Roßlau. Aktuell besteht die Herausforderung darin, rechtzeitig ausreichend Wohnraum bereitstellen zu können. Dafür müssen die in Frage kommenden Wohnungen mit einer Grundausstattung versehen werden. Aufgrund der sich mittlerweile wöchentlich ändernden Aufnahmequoten und der Tatsache geschuldet, dass die Stadt jeweils freitags Flüchtlinge von der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) in Halberstadt zugewiesen bekommt, bedarf es einer vorübergehenden Unterbringung, bis der benötigte Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Stadtverwaltung beabsichtigt deshalb, eine temporäre Gemeinschaftsunterkunft in Roßlau einzurichten. „Zum einen haben wir dort ein optimales Objekt, was uns Zeit und Geld spart. Zum anderen sollen die Flüchtlinge lediglich temporär untergebracht werden, bis entsprechende Wohnungen bezogen werden können“, kündigt Oberbürgermeister Peter Kuras an.

Auf einer Informationsveranstaltung am **Dienstag, dem 29. September 2015**, um **18.00 Uhr** in der **Elbe-Rossel-Halle** sollen die Pläne den Bürgerinnen und Bürgern konkret erläutert werden. Dazu stehen der Oberbürgermeister, Vertreter der Stadtverwaltung und die Ortsbürgermeisterin mit den Mitgliedern des Ortschaftsrates zur Verfügung. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Die Halle bietet Platz für ca. 500 Sitz- und 150 Stehplätze.

Hintergrund:

Zum Stichtag 31. August 2015 wurden in der Stadt Dessau-Roßlau 339 Flüchtlinge aufgenommen. Im September kommen laut offizieller Quote 148 Personen hinzu. Für den Oktober gibt es bereits eine Anpassung auf weitere 184 zugewiesene Personen. Bis Jahresende sollen voraussichtlich weitere 552 Personen nach Dessau-Roßlau verteilt werden. Somit nimmt die Stadt im gesamten Jahr 2015 etwas mehr als 1.000 Flüchtlinge auf. „Dies ist eine sozial verträgliche Anzahl und es ist auch organisatorisch-logistisch zu bewältigen“, schätzt OB Peter Kuras ein, weil gerade die dezentrale Unterbringung dies besser ermögliche.